

Ausland

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **16 (1924)**

Heft 3

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ihn für die Arbeitszeitverlängerung zu gewinnen. Ganz abgesehen davon, dass auch andere wirtschaftlich gut entwickelte Kulturstaaten eine passive Handelsbilanz aufweisen, muss darauf hingewiesen werden, dass die Schweiz über Einnahmen verfügt, die eben in der Handelsbilanz nicht ersichtlich sind. So bringt der Fremdenverkehr der Schweiz jährlich eine Einnahme von mindestens 200 Millionen Franken; dazu kommen die nicht unbedeutenden Erträge schweizerischer Kapitalien in ausländischen Unternehmungen. Jedenfalls ist es vollständig verfehlt, aus der passiven Handelsbilanz Schlüsse auf den Wohlstand der Bevölkerung eines Landes ziehen zu wollen.



Internationales.

Internationaler Gewerkschaftsbund. Vom 2.—7. Juni 1924 findet in Wien der diesjährige *Internationale Gewerkschaftskongress* statt. Die Tagesordnung sieht folgende Geschäfte vor:

1. Eröffnungsrede des Präsidenten.
2. Wahl der Mandatprüfungskommission.
3. Geschäftsbericht des Bureaus, Kassenbericht und Bericht der Revisoren. Berichterstatter: Joh. Sassenbach.
4. Statutenänderung. Berichterstatter: J. W. Brown.
5. Organisatorische Verbindung zwischen I. G. B. und internationalen Berufssekretariaten. Berichterstatter: J. Oudegeest.
6. Erledigung der eingebrachten Anträge.
7. Die Stellung des I. G. B. in der internationalen Arbeiterbewegung. Berichterstatter: Th. Leipart.
8. Die internationale soziale Gesetzgebung. Berichterstatter: J. Oudegeest.
9. Internationaler Kampf gegen Krieg und Militarismus. Berichterstatter: L. Jouhau.
10. Der internationale Kampf um den Achtstundentag. a) Die Angriffe der Unternehmer und Regierungen. b) Die Verteidigungsmittel der Arbeiterklasse einschliesslich der Betriebsrätefrage. Berichterstatter: C. Mertens.
11. Wahlen. a) Wahl der Länder, aus deren Vertretern sich der Vorstand zusammensetzen soll. b) Wahl der Mitglieder des Vorstandes. c) Wahl der Mitglieder des Bureaus. d) Wahl der internationalen Sekretäre. e) Wahl des Landes, in dem der nächste Kongress stattfinden soll.



Ausland.

Amerika. Die 43. Jahresversammlung der A. F. L. wurde vom 1.—12. Oktober 1923 in der Stadt Portland (Staat Oregon) abgehalten. Es nahmen 378 Delegierte daran teil.

Die Zahl der angeschlossenen Zentralverbände war am Ende der Berichtszeit 108, denen 36,534 Ortsgruppen angehörten; dazu kamen noch 523 selbständige Lokalvereine. Die Mitgliederzahl ging von 3,195,635 im Verwaltungsjahr 1922 auf 2,926,468 im Verwaltungsjahr 1923 zurück.

Ein Abschnitt des Berichtes des Exekutiv Ausschusses und mehrere Anträge von Delegierten betrafen die Frage der *Verschmelzung der Gewerkschaften* zu Industrieverbänden. Der Ausschussbericht wendet sich mit grosser Entschiedenheit gegen die Bestrebungen, planmässig Verschmelzungen einzuleiten; die darauf gerichtete Propaganda sei « offen revolutionär » und habe

« als Endzweck nicht bloss die Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung, sondern den eventuellen Sturz der demokratischen Regierung der Vereinigten Staaten ». Diese Propaganda werde « gemäss den Grundsätzen der Roten Internationale geführt, einer Organisation die vollkommen unter der Herrschaft und der Diktatur der russischen kommunistischen Oligarchie steht ». Dagegen spricht sich der Exekutiv Ausschuss zugunsten der « natürlichen Verschmelzung » aus, die « den erwiesenen Erfordernissen und den Wünschen der beteiligten Organisationen entspricht; sie wurde und wird von der A. F. L. gefordert und gefördert ».

Das Komitee für *Internationale Beziehungen* behandelte in seinem Bericht zuerst die « Pan-American Federation of Labor » (den Allamerikanischen Gewerkschaftsbund) und die Beziehungen zu der Arbeiterschaft wie zu der Regierung Mexikos. Vom Internationalen Gewerkschaftsbund wird gesagt, dass er noch nichts getan habe, um den Wünschen der A. F. L. entgegenzukommen, welche die Voraussetzungen des Anschlusses der amerikanischen Gewerkschaften betreffen. Es heisst dann in dem Komiteeberichte, der von der Jahresversammlung einstimmig angenommen wurde:

« Die Arbeiter aller überseeischen Länder bedürfen unseres Rates. Wir lassen ihnen das Recht, ihre gewerkschaftlichen Organisationen und deren Methoden nach ihren Bedürfnissen zu gestalten; aber unsere Gewerkschaftsbewegung behält sich ebenfalls das Recht vor, unser wirtschaftliches, politisches und soziales Verhalten auf unsere eigene Art und nach unserer Erfahrung zu bestimmen, und zwar gemäss unserer hoffnungsfrohen Erwartung einer besseren, schöneren und reicheren Zukunft für alle Arbeiter. Wir schlagen vor, den Exekutiv Ausschuss zur Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund zu ermächtigen, in der Erwartung, dass sich noch die Gelegenheit zur Vereinigung mit den Arbeitern der Alten Welt gibt. Wir sind zur Wiederaufnahme der brüderlichen Beziehungen bereit, sobald es sein kann, ohne gegen die Grundsätze zu verstossen, welche die A. F. L. als unverletzlich betrachtet. Wir empfehlen dem Exekutiv Ausschuss, sich auch ferner darum zu bemühen, dass die Hindernisse beseitigt werden, die bisher unserem Anschluss an den Internationalen Gewerkschaftsbund im Wege standen. »

Zur *Einwanderungsfrage* hat der amerikanische Gewerkschaftskongress ebenfalls wieder Stellung genommen. Eine Entschliessung beauftragt den Exekutiv Ausschuss, dahin zu wirken, dass die bevorstehende 68. Tagung des amerikanischen Bundesparlamentes eine strengere Einwanderungspolitik verfolgt, so dass die Zulassung Fremder mehr beschränkt wird.

Dem Exekutiv Ausschuss wurde ein Antrag überwiesen, der dahin geht, die Einwanderung auf fünf Jahre vollständig zu verbieten und nach Ablauf der Frist die im Lande befindlichen für die amerikanische Bürgerschaft geeigneten Fremden zu naturalisieren, alle übrigen aber zu deportieren.

Ebenfalls wurde dem Exekutiv Ausschuss ein Antrag auf Wahrung des Asylrechts überwiesen zugunsten solcher Fremder, die wegen ihrer Religion oder Rasse verfochten werden.

Eine Resolution wendet sich gegen die beabsichtigte Anwerbung von 50,000 Chinesen für die Plantagen der im Stillen Ozean gelegenen hawaiischen Inseln und fordert die Fortsetzung der bisher gegenüber der asiatischen Einwanderung angenommenen Haltung.

Der Bericht des Exekutiv Ausschusses gibt einen Ueberblick der *gesetzgeberischen Tätigkeit* des Bundesparlamentes und einer Reihe von Staatsparlamenten seit 31. Mai 1922. Eine Resolution der Jahresversammlung spricht sich dahin aus, dass die 67. Tagung des Bundes-

parlaments für die Arbeiterschaft ein Misserfolg gewesen sei. Bemerkenswert ist ein Beschluss betreffend die Aenderung des Prohibitionsgesetzes, der dahin geht, dass Herstellung und Verkauf von leichtem Bier und Wein wieder gestattet werden soll.

Eine Resolution fordert den Exekutiv Ausschuss der A. F. L. und die Staatskartelle der Gewerkschaften auf, zur Förderung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Lohnarbeiter jede Gelegenheit wahrzunehmen und diese Forderungen in politischen Programmen zu formulieren.

Der politische Ausschuss der A. F. L. hat aus Anlass der kommenden Wahlen gewisse Leitsätze aufgestellt, welche die freiheitliebenden Bürger auffordern, gegen alle Kandidaten zu stimmen, die für sozialpolitische Zwangsgesetzgebung eintreten, ebenso gegen alle, die sich nicht verpflichten, für die Abschaffung des Systems der gerichtlichen Einhaltsbefehle (injunctions) zu wirken. (Solche Einhaltsbefehle werden häufig gegen Streiker erlassen.) Auch wird gefordert, dass Verfassungsänderungen nicht erlassen werden sollen, um die Bürgerrechte zu beschränken, sondern um sie zu erweitern.

Die *Bildung einer politischen Arbeiterpartei* (oder einer Arbeiter- und Bauernpartei) verlangten vier Anträge, die von Delegierten zur Jahresversammlung gestellt wurden.

Der vorberatende Ausschuss empfahl mit einer ausführlichen Begründung die Ablehnung aller dieser Anträge und Festhalten an dem bisherigen System der Ausübung politischen Einflusses ohne Bindung an eine bestimmte Partei, denn « die Taktik der A. F. L., für Grundsätze und nicht für Parteien einzustehen, wurde durch die Erfahrung vollauf gerechtfertigt ».

In der Debatte über diese Anträge sprachen die meisten Redner gegen eine politische Arbeiterpartei.

In namentlicher Abstimmung wurden die Anträge auf Schaffung einer politischen Arbeiterpartei abgelehnt. Die Befürworter der bisherigen politischen Taktik verfügten über eine sehr grosse Mehrheit.

Die Wahlen in den Exekutiv Ausschuss hatten folgendes Ergebnis: Samuel Gompers, Präsident; D. J. Tobin, Schatzmeister; F. Morrison, Sekretär; James Duncan, J. F. Valentine, F. Duffy, W. Green, T. A. Rickert, J. Fischer, M. Woll, M. F. Ryan, Mitglieder des Ausschusses. Die nächste Jahresversammlung wird im Herbst 1924 in der kleinen Stadt El Paso, an der mexikanischen Grenze, abgehalten.

H. F.

England. Der Streik der Lokomotivführer und Heizer hat wiederum die alte Wunde der Zersplitterung des englischen Trade-Unionismus zum Bluten gebracht. Im englischen Eisenbahnwesen (die Bahnen gehören privaten Gesellschaften) bestehen gegenwärtig drei Arbeiterorganisationen: die National Union of Railwaymen mit über 300,000 Mitgliedern, die Railway Clerks' Association mit 60,000 Mitgliedern und die Associated Society of Locomotive Engineers and Firemen mit 24,000 Mitgliedern. Im gegenwärtigen Konflikt hat der Schlichtungsausschuss die Forderung der Arbeiter grosenteils bewilligt, aber der Lokomotivführer- und Heizerverband hat diesen Beschluss trotzdem abgelehnt. Er trat in den Streik, obwohl viele Heizer und Lokomotivführer auch im Eisenbahnverband organisiert sind, der sich am Streik nicht beteiligte.

Kurz vor Ausbruch des Streiks, als schon die Umstände bekannt waren, schrieb der bekannte Theoretiker der englischen Arbeiterschaft *Brailsford* über diesen Zustand das folgende: « Die Arbeiterbewegung wird durch diesen Streik für ihre Schwäche bestraft, welche sie den Mängeln unserer gewerkschaftlichen Organisation gegenüber bekundete. Ein Streik nach dem andern war eine Warnung, dass das Bestehen von rivalisierenden

den Gewerkschaften innerhalb einer Industrie die Quelle von verderblichen Zwistigkeiten und Niederlagen ist. Jeder denkende Gewerkschafter weiss es, dass angesichts der Zusammenballung des Kapitals die Zersplitterung der Gewerkschaften ein gefährlicher Anachronismus ist. Aber die Führer unterliessen es zu führen, und die Mitgliedschaften standen niemals gegen dieses System auf. Es wird aber dieser Misswirtschaft, diesen Streitigkeiten zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern, so lange nicht ein Ende bereitet werden, bis der Druck der öffentlichen Meinung mit all diesem Unwesen aufräumt. »

Frankreich. Die Zerrüttung in den kommunistischen Gewerkschaften zieht immer weitere Kreise. Die Sorel-Gruppe auf dem Kongress von Bourges, die das reine syndikalistische Element vertreten hat und die von einer Unterwerfung unter das Diktat der Moskauer Internationale nichts wissen will, führt ihre Agitation im Verbandsorgan der Bauarbeiter, « Le Bâtiment », fort. Ende Dezember veröffentlichte sie einen fulminanten Aufruf, in dem sie ihre Treue zum reinen Syndikalismus unterstreicht und der Mehrheit von Bourges vorwirft, sie hätte die Gewerkschaftsbewegung an die Kommunisten verraten. Der Bauarbeiterverband mit seinem Organ sammelt alle, die diese Ansicht vertreten und gegen die « Verseuchung » der französischen Gewerkschaften durch den Kommunismus Front machen.

Der Pariser « Populaire » berichtet am 13. Januar, dass ein grosser Teil der Mitglieder des Kutscher- und Chauffeurverbandes zum alten Verband der Confédération générale du travail zurückgekehrt sei.

Die Teuerung. Direkt ins Grotteske ist die Teuerung in Frankreich gestiegen. Pro 100 Kilogramm zahlte man im Dezember:

	1922	1923
	Fr.	Fr.
Koks	59	220
Weizen	82	97
Zucker	191	283
Kartoffeln	28	48
Rindfleisch	410	600
Butter	1200	1700
Wolle	835	1370
Baumwolle	900	1774

Litauen. Das Organ des Lettischen Gewerkschaftsbundes, der « Arodneeks », veröffentlicht in seiner Nummer vom 15. Januar 1924 eine Uebersicht über die Entwicklung und die gegenwärtige Lage der litauischen Gewerkschaften. Die ersten Gewerkschaften wurden in Litauen im Jahre 1919 gegründet und befanden sich vollkommen in den Händen der Kommunisten. 1920 zählten sie nominell 20,000 Mitglieder. Diese Gewerkschaften vertraten aber nie gewerkschaftliche Forderungen, sondern waren kommunistische Parteiorganisationen, die nur politische Fragen erörterten. Als dann 1920 der Kongress dieser Gewerkschaften beschlossen hatte, Litauen sei Sowjetrussland anzugliedern und eine Sowjetregierung einzuführen, wurden ihre Zentrale und die Sekretariate von der litauischen Regierung aufgelöst. Erst 1923 gelang es dann, neue Gewerkschaften ins Leben zu rufen. Da im eigentlichen Litauen Industrie so gut wie gar nicht vorhanden ist, kommen in erster Linie die Landarbeiter in Betracht. Im Laufe der letzten zwei Monate 1923 ist es gelungen, einen Landarbeiterverband zu gründen, der gegenwärtig 20 Sektionen mit rund 1000 Mitgliedern zählt, die hauptsächlich die Arbeiter der grossen Landgüter umfassen. Man zählt etwa 6000 städtische Arbeiter, mit deren Organisation sich augenblicklich die leitenden Kreise befassen. Man hat die Gründung einer Einheitsorganisation mit Unterabteilungen vorgesehen. Es besteht jetzt schon ein Typographenbund, der 200

Mitglieder zählt und ein eigenes Organ, den «Spaustininkas», besitzt. Den Staatsangestellten und den Eisenbahnern ist es gesetzlich verboten, eine eigene gewerkschaftliche Organisation zu gründen und auch einer andern sich anzuschliessen. Es besteht in Litauen ein Gesetz, das die Arbeitszeit in den Städten auf acht und auf dem Lande auf zehn Stunden täglich festgesetzt hat, aber das ohne Gewerkschaften häufig umgangen wird. Krankenkassen kennen die litauischen Arbeiter nicht.

Im *Memelgebiet*, das jetzt auch zu Litauen gehört, ist die Lage eine andere. In Memel allein zählt man rund 10,000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, und von den 32 Stadträten der Stadt Memel sind 22 Sozialdemokraten. Von dem 17 Millionen betragenden Vorschlag für 1924 sind 3½ Millionen für soziale Zwecke bestimmt.

Luxemburg. Die luxemburgische Kammer hat das neue Gesetz über die Sozialversicherung in zwanzig Sitzungen durchberaten und angenommen. Das neue Gesetz umfasst die Kranken-, Unfall- und Alters- und Invalidenversicherung. Die Bezüge wurden auf allen Gebieten gegenüber den frühern erhöht. Der Brüsseler «Peuple» sagt über das neue luxemburgische Sozialversicherungsgesetz, dass augenblicklich kein Land in dieser Hinsicht so weit gegangen sei wie Luxemburg.

Russland. Die russischen Gewerkschaften im Jahre 1923. Das Zentralorgan der russischen Gewerkschaften, der «Trud», veröffentlicht in seiner Nummer 30 folgende Zahlen über den Mitgliederbestand der russischen Gewerkschaften am 1. Oktober 1923:

1. Landarbeiter	296,000
2. Papierarbeiter	27,000
3. Bergarbeiter	305,000
4. Holzarbeiter	122,000
5. Lederarbeiter	89,000
6. Metallarbeiter	522,000
7. Buchdruckerarbeiter	77,000
8. Nahrungsmittelarbeiter	269,000
9. Zuckerarbeiter	48,000
10. Bauarbeiter	245,000
11. Textilarbeiter	476,000
12. Chemische Arbeiter	157,000
13. Bekleidungsarbeiter	53,000
14. Transportarbeiter	1,104,000
15. Staatsarbeiter	1,508,000
16. Andere Verbände	243,000

Total 5,541,000

Im Vergleich zum 1. Oktober 1922 hat sich die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Russland um 935,000 oder 21,9 Prozent vermehrt.

Diese Vermehrung ist hauptsächlich den vielen gewerkschaftlichen Kämpfen zuzuschreiben, die im Berichtsjahr durchgeföhrt worden sind, und auch dem Erwachen des Erwerbslebens überhaupt.

Der «Trud» schreibt in seiner Nummer 26 darüber das Folgende: «Vor den Gewerkschaftsverbänden steht in aller Grösse die Aufgabe eines rücksichtslosen Kampfes gegen die Hauptursachen der Entwertung des Arbeitslohnes, d. h. gegen die ungeheure Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel, die der Arbeiter braucht. Einschneidende Massnahmen müssen in dieser Hinsicht unverzüglich ergriffen werden, andernfalls haben alle unsere Bemühungen, den Arbeitslohn zu stabilisieren, keinen Zweck.»

Um das hier vom Zentralorgan der russischen Gewerkschaften Angeführte zu bekräftigen, wollen wir noch die Indexziffern des staatlichen statistischen Amtes für Engrospreise und die Moskauer Detailpreise an-

führen, wie sie die «*Ekonomitscheskaja Shisn*» vom 3. Februar 1924 veröffentlicht:

	Staatsengrospreise		Moskauer Detailpreise	
	1. Dez. 1923	1. Jan. 1924	1. Dez. 1923	1. Jan. 1924
Landwirtschaftliche Produkte	1160	2783	2053,94	6109,19
Industrieprodukte	2670	5566	3634,09	7595,62
Total	1731	3781	2900,50	6914,14

In einem Monat bedeutet das die Verdoppelung aller Preise.

Schweden. Aus dem *Jahresbericht 1922 des Schwedischen Gewerkschaftsbundes* ist noch hervorzuheben, dass die Zahl der Verbände im Laufe des Berichtsjahres von 32 auf 33 gestiegen ist. Neueingetreten sind die Eisenbahner und die Papierindustriearbeiter, und verschmolzen sind die Bäcker und Fleischer. Die Zahl der Mitglieder ist von 252,361 auf 292,917 angewachsen. Zwar ist die Mitgliederzahl in einigen Verbänden gefallen, aber in andern ist sie wiederum gestiegen. Kämpfe wurden im ganzen 2398 ausgefochten, von denen 160 Angriffsbewegungen mit 11,584 Beteiligten und 2238 Abwehrbewegungen mit 290,376 Beteiligten waren. Für die Kämpfe wurden Kr. 4,132,297.72 verausgabt. Die Arbeitslosen wurden mit Kr. 3,874,071.17 unterstützt.



Literatur.

Rund um die Erde, von Eduard Büchler, ist soeben in einer zweiten, erweiterten, Auflage im Verlag der Buchdruckerei Büchler & Cie. in Bern erschienen. Lebhaft und naturgetreu schildert der Autor seine Erlebnisse aus Amerika, Japan, Korea, China, Indien und Arabien. Eine köstliche Fahrt ist es, die sich da unter jugendfrischer Führerschaft vollzieht. Von keiner Voreingenommenheit und keiner Traditionssucht beschwert, nur von Lust und Freude am Schauen und Beobachten fremder Länder und fremder Menschen erfüllt, geht es immerdar vorwärts von Ost nach West, bis der Ring der Reise sich schliesst. Freude bereiten die vielen schönen Bilder, die sich dem Text trefflich anpassen. Der schmucke Leinwandband von über 300 Seiten bildet ein prächtiges Geschenk für jung und alt.

Prof. Dr. Karl Ballod: *Der Bankrott der freien Wirtschaft und die notwendigen Finanz- und Wirtschaftsreformen*. Preis — 80 Goldmark. Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena.

Grippe, Bekämpfung, Behandlung. Von erfahrenen Aerzten redigiert und empfohlen. 1 Exemplar 10 Cts., partienweise billiger. Zu beziehen bei der Buchdruckerei Büchler & Cie. in Bern.

Prof. Dr. V. Totomianz, Ehrenmitglied des Internationalen Genossenschaftsbundes: *Grundlagen des Genossenschaftswesens*, geb. Grundpreis 2 Mk. Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena.

Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht. Ein Dokument der Kriegszeit — die grosse Anklage der «grossen Zeit» ist dieses Buch. Nun liegt, da die erste längst vergriffen ist, eine zweite, erweiterte Auflage dieses Buches vor uns. Die vorliegende Ausgabe ist gegenüber der ersten um mehrere wichtige Dokumente erweitert. Sie enthält das noch nirgends veröffentlichte Verhör-